



Protokoll der 7. Sitzung des Einwohnerrates

vom 24. April 2013, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Bischof Michael, Lirgg Andreas, Steinger Pia

Abwesend: Ratsmitglied Gränicher Beat

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste:

Dem stadrätlichen Antrag, dass die Traktanden Nr. 6 – 8 bzw. die Interpellationen Nr. 2013/43 („Rückbau“ der Rheinstrasse), Nr. 2013/44 (Schulwege besser sichern) und Nr. 2013/45 (Raumplanung in Liestal) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt und diese auf die nächste Ratssitzung vom 29. Mai 2013 neu traktandiert werden, stimmen die Ratsmitglieder einstimmig zu.

- | | | |
|----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------|
| 1. | Protokoll der Ratssitzung vom 20. März 2013
://: <i>Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.</i> | - |
| 2. | Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen
://: <i>Wahl der Kommissionsmitglieder gemäss Vorschlägen der Fraktionen.</i> | 2013/47 |
| 3. | Entwicklungs- und Finanzplan 2013-2017; Berichte der Finanzkommission, Bau- und Planungskommission sowie Spezialkommission Schulraumplanung
://: <i>Dem FIKO-Zusatzantrag (Empfehlung an Stadtrat, auf geplante Erhöhung der Feuerwehropflichtersatzabgabe zu verzichten) wird grossmehrheitlich zugestimmt.</i>
://: <i>Einstimmig nimmt der Rat vom EP 2013-2017 Kenntnis.</i>
://: <i>Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom Stellenplan.</i>
://: <i>Die Motion zur Sanierung des Finanzhaushalts (Nr. 2002/118) wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2013/31
2013/31a-c |
| 4. | Fragestunde
<i>In der Fragestunde werden vom Stadtrat 18 Fragen der Einwohnerratsmitglieder beantwortet.</i> | - |
| 5. | Quartierplan Gstadig – Berichte der Bau- und Planungskommission (BPK); 2. Lesung / Verabschiedung

://: <i>Mit grossem Mehr gegen 3 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen stimmt der Rat dem BPK-Antrag 3.1 gemäss Vorlage Nr. 2012/22a zu, weshalb Quartierplan und Quartierplanreglement wie folgt zu ergänzen sind: Auf der Freifläche entlang der Rosenstrasse ist von den Grundeigentümern Raum für einen markierten Radweg zur Verfügung zu stellen.</i> | 2012/22
2012/22a
2012/22b |

://: Mit grossem Mehr gegen 3 Nein-Stimmen stimmt der Rat dem rektifizierten BPK-Antrag 3.2.1 gemäss Vorlage Nr. 2012/22b zu, womit das Quartierplanreglement wie folgt zu ergänzen ist: Die öffentlich zugänglichen Parkplätze sind technisch so auszustatten, dass sie an ein Parkleitsystem angeschlossen werden könnten.

://: Einstimmig stimmt der Rat dem BPK-Antrag 3.2.2 gemäss Vorlage Nr. 2012/22a zu, weshalb das Quartierplanreglement wie folgt zu ergänzen ist: Die behindertengerechte Bauweise richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen (Verweis auf § 108 RBG und BehiG im Kommentar). Zusätzlich ist ein angemessener Teil der Wohnungen in den Obergeschossen hindernisfrei und rollstuhlgängig zu gestalten. Die restlichen Wohnungen sind hindernisfrei anpassbar zu erstellen.

://: Einstimmig beschliesst der Rat den Quartierplan Gstadig, bestehend aus dem Situationsplan/Schnittplan 1:500 vom 15.10.2012 und dem Quartierplan-Reglement vom 15.10.2012 mit Berücksichtigung der vorgängig Entscheide.

- | | | |
|----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| 6. | Quartierplanung Brunnmatt, Mutation Nr. 01: Umnutzung Spielplatz / Parkierung – 2. Lesung / Verabschiedung
<i>://: Der Rat beschliesst einstimmig die Mutation Nr. 01 der QP Brunnmatt, bestehend aus der Mutation zum Quartierplanreglement vom 21.06.2012 und der Mutation zum Quartierplan vom 11.01.2012.</i> | 2013/39 |
| 7. | Tempo 30 Zone Heidenlochstrasse – Sicherheit für Fussgänger; Postulat von Corinne Ruesch der Grünen Fraktion
<i>://: Mit grossem Mehr bei 3 Enthaltungen wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.</i> | 2013/46 |

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur heutigen Einwohnerratssitzung.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) orientiert kurz über einige Punkte sowie wichtige Beschlüsse der letzten Bürositzung:

- Einwohnerratsausflug vom 01. Juni 2013: Die Einladung für den diesjährigen ganztägigen Ausflug zur Partnerstadt Waldkirch ist den Ratsmitgliedern verteilt worden. Die Anmelde- talons sind bis am Schluss der heutigen Sitzung dem Ratsschreiber abzugeben.
- Amtsjahrschluss-Essen vom 26.06.2013: Den Ratsmitgliedern ist heute ebenfalls die Ein- ladung zum Amtsjahrschlussessen 2013 verteilt worden. Es wird um Abgabe des Rück- meldetalons bis zur nächsten Sitzung vom 29. Mai 2013 gebeten.
- Die BPK-Mitglieder treffen sich nach der Sitzung kurz beim Kommissionspräsidenten, da- mit die nächste Sitzung der Bau- und Planungskommission terminiert werden kann.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, gelb
- Vorlagen Nr. 2013/49 – Nr. 2013/53 (neue Vorstösse)
- Einwohnerratsausflug vom 01. Juni 2013, Einladung/Programm
- Amtsjahr-Schlussessen vom 26. Juni 2013, Einladung/Programm

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------|----------------------------------------|
| - Hanspeter Meyer | Seite A (SP, GL) |
| - Heinz Lerf | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Meret Franke | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Neue persönliche Vorstösse

- Postulat von Meret Franke namens der Grünen Fraktion betreffend Bedürfnisabklärung Ortsbus (Nr. 2013/49)
- Interpellation „Zukunft des unteren Ergolztales: Ergolzstadt?“ von Marianne Quensel na- mens der SP-Fraktion (Nr. 2013/50)
- Postulat „Sichere Ausfahrt für unser Oskar-Bider-Quartier“ von Hans Rudolf Schafroth der SVP-Fraktion (Nr. 2013/51)
- Postulat zur IBA Basel 2020 von Jürg Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2013/52)
- Postulat „Erschwinglich wohnen in Liestal“ von Matthias Zimmermann namens der SP- Fraktion und Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion (Nr. 2013/53)

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsident Lukas Ott teilt mit, dass die Rechnung 2012 vom Stadtrat an seiner gestrigen Sitzung zuhanden des Einwohnerrates verabschiedet wurde. Die Einwohnerkasse schliesst mit einem Überschuss von 4 Mio. Franken ab und das Ergebnis ist deshalb um 2,5 Mio. Franken besser als veranschlagt. Das gute Ergebnis ist insbesondere auf einmalige höhere Steuererträge aus den Vorjahren und auf Buchgewinne aus dem Finanzvermögen zurückzuführen. Die Selbstfinanzierung beträgt rund 6,4 Mio. Franken und die Nettoinvestitionen von 3,6 Mio. Franken konnten vollständig aus eigenen Mitteln bestritten werden. Der Finanzierungsüberschuss von 2,8 Mio. Franken fliesst vollumfänglich in den Schuldenabbau, womit die Schulden mit der Rechnung 2012 auf 19,85 Mio. reduziert werden konnten. Das Ziel der Motion Nr. 2002/118 konnte deshalb mit dem Rechnungsabschluss 2012 um ein Jahr früher erreicht werden. Auf dieses Ziel ist seit 2004 hingeschafft worden und dieses Ziel konnte nur Dank sehr viel Übersicht, Disziplin und Durchhaltewillen des Einwohnerrates, des Stadtrates und auch der Verwaltung erreicht werden. Die soeben erwähnten Tugenden werden trotz des guten Rechnungsabschlusses 2012 auch weiterhin gefragt sein.

Traktandenliste

Stadtrat Peter Rohrbach stellt den Antrag, dass die Traktanden Nr. 6 – 8 bzw. die Interpellationen Nr. 2013/43 („Rückbau“ der Rheinstrasse), Nr. 2013/44 (Schulwege besser sichern) und Nr. 2013/45 (Raumplanung in Liestal) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt und diese auf die nächste Ratssitzung vom 29. Mai 2013 neu traktandiert werden. Die Interpellationen beinhalten umfangreiche und auch komplexe Fragen, welche er schriftlich beantworten möchte.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) schlägt vor, dass sich die drei direktbetroffenen Interpellanten zum stadträtlichen Antrag äussern.

Jürg Holinger (GL) begrüsst als Interpellant die schriftliche Beantwortung der 9 Fragen gemäss seiner Interpellation Nr. 2013/43.

Matthias Zimmermann (SP) kann sich ebenfalls damit einverstanden erklären, dass die Interpellation Nr. 2013/44 an der nächsten Sitzung behandelt wird.

Diego Stoll (SP) bemerkt, auch er sei mit der Vertagung seiner Interpellation Nr. 2013/45 einverstanden.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass bezüglich der Traktandenliste der heutigen Sitzung keine weiteren Wortbegehren angemeldet und/oder Änderungsanträge gestellt werden.

://: Dem stadträtlichen Antrag, dass die Traktanden Nr. 6 – 8 bzw. die Interpellationen Nr. 2013/43 („Rückbau“ der Rheinstrasse), Nr. 2013/44 (Schulwege besser sichern) und Nr. 2013/45 (Raumplanung in Liestal) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt und diese auf die nächste Ratssitzung vom 29. Mai 2013 neu traktandiert werden, stimmen die Ratsmitglieder einstimmig zu.

80 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 20. März 2013

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) orientiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll der letzten Ratssitzung vom 20.03.2013 eingegangen sind.

Zum Geschäft bzw. Protokoll werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 20. März 2013 wird einstimmig genehmigt.

81 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2013/47)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist und sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass die vorgeschlagenen Ratsmitglieder offen und gesamthaft gewählt werden. Die Namen der zur Wahl vorgeschlagenen Ratsmitglieder gemäss Vorlage Nr. 2013/47 werden verlesen.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren zu diesem Wahlgeschäft angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden einstimmig folgende Ratsmitglieder gewählt:

Büro des Einwohnerrates (Ratsbüro)

- Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) anstelle von Doris Lagnaz als Ersatzmitglied

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

- Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) anstelle von Doris Lagnaz als ordentliches Mitglied

Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)

- Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) anstelle von Corinne Hügli als ordentliches Mitglied

Spezialkommission „Schulraumplanung“

- Hanspeter Meyer (SVP) anstelle von Paul Pfaff als ordentliches Mitglied

82 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Entwicklungs- und Finanzplan 2013-2017; Berichte der Finanzkommission, Bau- und Planungskommission sowie Spezialkommission Schulraumplanung (Nr. 2013/31)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat vor, das Geschäft nach folgendem Ablauf zu behandeln:

- a) *Eintreten*
- b) *Bericht der FIKO (Nr. 2013/31b)*
- c) *Bericht der BPK (Nr. 2013/31a)*
- d) *Bericht der Spez.-Kommission Schulraumplanung (Nr. 2013/31c)*
- e) *Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen*
- f) *Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung*
- g) *Einzelredner: Stellungnahmen*
- h) *Anträge (Kurzfassung)*
 - . *FIKO-Zusatzantrag betr. Verzicht auf geplante Erhöhung der Feuerwehrpflichtersatzabgabe*
 - . *Kenntnisnahme von Entwicklungs- und Finanzplan 2013-2017 der vier Rechnungskreise*
 - . *Kenntnisnahme von Stellenplan*
 - . *Abschreibung von Motion Finanzhaushalt-Sanierung (Nr. 2002/118)*

a) Eintreten

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage im Rat fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Entgegen dem Entscheid des Ratsbüros vom 18. April wird dem Rat an der heutigen Sitzung der FIKO-Zusatzantrag betreffend der Feuerwehrpflichtersatzabgabe zur Abstimmung unterbreitet.

b) Bericht der FIKO (Nr. 2013/31b)

Daniel Spinnler (FDP) nimmt Bezug auf den FIKO-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2013/31b und hält das Wichtigste kurz fest: Gemäss Auftrag hatte sich die FIKO mit der Plausibilisierung und finanzpolitischen Würdigung des Finanz- und Entwicklungsplanes 2013-2017 auseinandergesetzt. Neben der Plausibilisierung der Ausgangslagen und Annahmen hatte sich die FIKO auch mit verschiedenen Schwerpunkten bei der Einwohnerkasse und den Spezialfinanzierungen befasst, welche auf der zweiten Seite des Berichtes aufgeführt sind. Neu ist, dass das Budget im EP integriert ist und es damit keine Abweichungen mehr gibt. Die Zielsetzungen sowie strategischen Kennzahlen wurden ebenfalls angeschaut. Aus Sicht der FIKO darf festgehalten werden, dass der EP 2013-20137 ein sehr gutes Planungsinstrument ist, wofür dem Stadtrat und der Verwaltung der beste Dank ausgesprochen wird. Auch kann sich die FIKO mit den stadträtlichen Annahmen betreffend den Erträgen einverstanden erklä-

ren. In der Grafik auf Seite 4 des FIKO-Berichtes sind die Steuererträge klar und übersichtlich dargestellt. So kann betreffend dem Ist-Zustand beispielsweise die Aussage gemacht werden, dass rund 18 % der Steuerhaushalte in Liestal keine Steuern bezahlen. Hinsichtlich den politischen Rahmenbedingungen kann die FIKO dem stadträtlichen Antrag für eine Abschreibung der Motion Fluri (Nr. 2002/118) grossmehrheitlich zustimmen. Nach der vorgängigen Information des Stadtpräsidenten betreffend dem erfreulichen Rechnungsabschluss 2012 dürfte die Forderung der Motionäre bezüglich der Schuldensanierung nun definitiv erfüllt sein. Mehrheitlich spricht sich die FIKO auch gegen eine Erhöhung der Feuerwehersatzabgaben aus, weshalb auch ein entsprechender Zusatzantrag formuliert wurde. Im Zusammenhang mit der Aufgaben- und Aufwandseite wurde festgestellt, dass der Personalaufwand einen Grossteil der Aufwandseite ausmacht. Der Stellenplan wurde angeschaut und als in Ordnung befunden, denn dieser bleibt trotz Bevölkerungswachstum stabil. Ebenso ist es nachvollziehbar, weshalb beim Personalaufwand mit einem dauerhaften Anstieg von rund 0,8 Prozent zu rechnen und nicht mit sogenannten Rotationsgewinnen bei Stellenwechseln zu rechnen ist. Mit den formulierten stadträtlichen Zielen kann sich die FIKO einverstanden erklären und vom Stadtrat ist versichert worden, dass künftig auch wirtschaftspolitische Ziele in den EP aufgenommen werden. Bei Bauprojekten ist der Langsamverkehr gleich von Anfang an zu berücksichtigen. Zustimmend nimmt man auch von der finanzpolitischen Zielsetzung mit einer Selbstfinanzierung von rund 4,2 Mio. Franken Kenntnis. Begrüsst wird auch, dass es zu keiner Neuverschuldung kommen soll und jährlich Nettoinvestitionen von rund 3,8 Mio. geplant sind. Positiv ist ebenfalls, dass vom Stadtrat die Verbindung der Arealentwicklung und dem Bevölkerungswachstum aufgezeigt wird. Diesbezüglich hätte man aber gerne noch weitergehende Informationen bezüglich Infrastrukturkosten beim Strassenbau, dem Wasser und Abwasser etc. Unbeantwortet ist noch die Frage, wie die Schulraum-Investitionskosten ausserhalb der Planperiode gemäss Seite 47 des Entwicklungsplanes finanziert werden sollen. Ebenfalls werden die Zielsetzungen der Spezialfinanzierungen unterstützt und insbesondere begrüsst, dass nun die Revision des Wasser- und Abwasserreglementes in Angriff genommen wird. Als letzte Empfehlung der FIKO möchte man dem Stadtrat mitgeben, dass beim nächsten EP die Differenzen zu den letzten EP's aufgezeigt werden und auch die vermehrte Einarbeitung von aussagekräftigen Grafiken wäre bestimmt dienlich. Abschliessend wird dem Stadtrat und der Verwaltung der beste Dank für die sorgfältige und saubere Erarbeitung des vorliegenden Planungsinstrumentes ausgesprochen.

c) Bericht der BPK (Nr. 2013/31a)

Diego Stoll (SP) erklärt als BPK-Präsident, dass auch die Bau- und Planungskommission die Stossrichtung für eine möglichst grosse finanzpolitische Stabilität begrüsst und die Investitionen durchwegs durch eigene Erträge finanziert werden sollen. Wichtig ist ebenfalls der Werterhalt des Verwaltungsvermögens. Die BPK kann sich mit den Schwerpunkten im Hochbau einverstanden erklären und im Bereich Tiefbau hofft man natürlich, dass der bittere Kelch betreffend der Kasinobrücke an Liestal vorbeigehen und der Bund für die Sanierungskosten aufkommen wird. Bezüglich der Priorisierung von Sanierungsarbeiten von Plätzen und Strassen wird auf den BPK-Bericht verwiesen. Eine Inventarisierung von Kunstbauten durch die Betriebe findet man positiv und auch die Inangriffnahme des Grünflächenmanagements wird begrüsst. Befürwortet werden ebenfalls die Instandsetzungsarbeiten bei der Wasserversorgung und die Unterbreitung einer Vorlage für einen Variantenentscheid bei der Wasserversorgung im nächsten Jahr. Erst nach dem Variantenentscheid wird man sich mit der Revision und Überarbeitung der Reglemente befassen können. Im Rahmen der gesamthaften Würdigung findet die BPK, dass der EP 2013-2017 ein wertvolles Planungs- und Führungsinstrument ist. Die BPK wird sich dem Thema Allee und auch der Förderung des Wirtschaftsstandortes Liestal in raumplanerischer Hinsicht annehmen. Die BPK möchte dem Stadtrat mitgeben, dass bei Inangriffnahme von Projekten diese auch innert nützlicher Frist umgesetzt werden, damit es keine Verzettelungen gibt. Zudem sollte ein griffiges Problemmanagement entwickelt werden, damit man gegebenenfalls auch rasch reagieren könnte. Die BPK unterstützt die stadträtlichen Anträge.

d) Bericht der Spez.-Kommission Schulraumplanung (Nr. 2013/31c)

Corinne Ruesch (GL) hält als Präsidentin der Spezialkommission „Schulraumplanung“ fest, dass ihre Kommission ausschliesslich die Schulraumplanung beraten hatte. Das Berechnungsmodell wird laufend aktualisiert und die aktuellen Zahlen auch im EP abgebildet. Diese Berechnung liefert nur Zahlen und viele Entscheide basieren auf einer unsicheren Basis, denn so können beispielsweise zwei Kinder in einem Quartierschulhaus bereits die Bildung einer zusätzlichen Klasse bedeuten. Und auch die Realisierung einer neuen Quartierplanung kann die Notwendigkeit eines neuen Kindergartens mit sich bringen, welcher dann vermutlich auch nur für ein paar Jahre benötigt würde. Das Zögern des Stadtrates ist für die Kommission gut nachvollziehbar, gilt es beispielsweise, Massnahmen bei den Schulräumlichkeiten basierend auf prognostizierten Schülerzahlen in die Wege zu leiten. Und trotzdem darf es nicht passieren, dass wir mit zu wenig Schulraum da stehen. Im Zusammenhang mit dem nächsten EP sollten deshalb Lösungsvarianten angedacht und aufgezeigt werden. Dies insbesondere für Schulanlagen, wo bereits heute Mankos vorhanden sind oder ein Harkonkonformer Unterricht nicht möglich ist. Absehbar ist auch, dass ab dem Schuljahr 2015/2016 nicht alle Klassen in den bestehenden Schulhäusern geführt werden können. Von diesem Hintergrund ist dann von der Kommission auch die Prioritätensetzung bei den Investitionen hinterfragt worden. Im EP 2013-2017 sind für die Regionale Musikschule Liestal Investitionen von 2,5 Mio. vorgesehen, welche in den nächsten 4 Jahren getätigt werden sollen, wobei nötige Investitionen für gemeindeeigene Schulliegenschaften zurückgestellt werden. Die RML ist eine eigenständige Organisation und sollte nötige Investitionen auch selber tätigen. Der Stadtrat wird gebeten, den Empfehlungen der Kommission auf Seite 3 des Berichtes die gebührende Beachtung zu schenken.

e) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Lukas Ott dankt den drei vorberatenden Kommissionen für den guten Dialog im Vorfeld der Entwicklungsplan-Beratung. In der übergeordneten Zielsetzung der nächsten fünf Jahre soll zum Ausdruck kommen, dass das Engagement im Schuldenabbau honoriert wird und die Investitionstätigkeit verstärkt werden kann. Dies bedingt aber weiterhin positive Rechnungsabschlüsse während der Planperiode und eine Selbstfinanzierung von mindestens 100 %. Ein Überhang im Bereich Hochbau erfordert es, dass im Durchschnitt die Investitionen von 2,5 Mio. auf neu 3,75 Mio. gesteigert werden. Vom Stadtrat ist eine Steuer senkung bei den natürlichen Personen in der Planperiode kein Thema, da man die verstärkten Investitionstätigkeiten nicht gefährden möchte. Und an dieser Stelle sei nochmals erwähnt, dass man auch mit einem starken finanziellen Mehraufwand bei der Pensionskassen-Ausfinanzierung rechnen muss. So ist man gespannt, wie sich die landrätliche Finanzkommission morgen zum regierungsrätlichen Gegenvorschlag äussern wird. Gemäss Vorschlag des Regierungsrates hätte die Stadt während den nächsten 25 Jahren jeweils einen Betrag von CHF 1,5 Mio. aufzubringen. Der Stadtrat wird sich morgen auch mit den kommunalen Annex-Organisationen betreffend der Pensionskassenproblematik treffen. Der Steuerfuss der natürlichen Personen steht in einem Zusammenhang mit den Steuereinnahmen der juristischen Personen und so müssen die Zielsetzungen der kantonalen Wirtschaftsoffensive auch telquel die Zielsetzungen Liestals sein. Der Stadtrat ist erfreut über die kürzlich publizierte Liste des Kantons, in welcher als relevante Areale die Gebiete Industriestrasse, Altmarkt, Gräubern und Bahnhofareal inkl. Oristal für die Wirtschaftsoffensive des Kantons figurieren. Im Zusammenhang mit dem Vorstoss von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion betreffend der Wirtschaftsentwicklungsstrategie wird der Stadtrat auch konkrete Massnahmen vorgelegen. Die Ansiedlung neuer und zusätzlicher Firmen ist wichtig, ebenso wichtig ist es aber auch für Liestal mit der höchsten Zupendler-Rate und tiefsten Leerwohnungsquote aller Kleinstädte der Schweiz, dass auch Wohnräume geschaffen werden können. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Steuerfüsse nicht isolierte Zahlen sein dürfen. Denn wichtig es doch schliesslich auch, welche Leistungen und Lebensqualität man für die bezahlten Steuern erhält. So sind auf Seite 11 der Vorlage Nr. 2013/31 die gesellschaftspolitischen Zielsetzungen

des Stadtrates für die nächsten Jahre aufgelistet. In Absprache mit der FIKO ist dem Rat der EP 2013-2017 erst nach der Genehmigung des Budget 2013 unterbreitet worden. Der Entwicklungsplan 2014-2017 wird in Übereinstimmung mit der kantonalen Gesetzgebung dem Einwohnerrat zusammen mit dem Budget 2014 vorgelegt.

Stadträtin Marion Schafroth meint, dass gemäss FIKO-Bericht und Rückmeldungen aus den Fraktionen die Feuerwehersatzabgabe-Höhe der einzige Streitpunkt sein dürfte, weshalb sie bereits an dieser Stelle dazu ein paar Erklärungen abgibt. Die Dienstpflicht bzw. Feuerwehersatzabgabe ist in § 5 und § 7 des Feuerwehreglementes erwähnt. Die Organisation wird in § 9 des Reglementes umschrieben. Der personelle und auch der finanzielle Aspekt spielen im Zusammenhang mit der Ersatzabgabepflicht und -höhe eine wesentliche Rolle. Die Feuerwehdienstleistung basiert auf dem Milizsystem und eine Professionalisierung würde finanziell sicher teurer werden. Selbstverständlich ist es so, dass mit der Ersatzabgabe auch ein weiterer finanzieller Anreiz geschaffen wird, damit der Sollbestand erfüllt werden kann. Von denjenigen Gemeinden, welche die Ersatzabgabe auf der Basis des steuerbaren Einkommens erheben, liegt die Feuerwehersatzabgabe bei 25 Gemeinden bereits heute über 0,5 % des Steuersatzes und bei 23 Gemeinden liegt dieser Ansatz darunter. Somit liegt Liestal durchaus im kantonalen Durchschnitt. Der Sollbestand der örtlichen Feuerwehr kann je länger je mehr nur schwierig gehalten werden und so soll im Zusammenhang mit der Ersatzabgabe ein zusätzlicher Anreiz geschaffen werden, was von der Feuerwehrkommission ebenfalls unterstützt wird. Die FIKO-Mitglieder hatten sich relativ knapp für den diesbezüglichen Zusatzantrag ausgesprochen. Sie empfiehlt dem Rat, den FIKO-Antrag nicht zu unterstützen.

f) *Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung*

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass der Entwicklungsplan ein wichtiges Führungsinstrument ist und sich seine Fraktion intensiv mit diesem befasst hatte. Der Entwicklungsplan hat einen grossen Stellenwert und ist von der Mittefraktion grundsätzlich positiv aufgenommen worden, denn dieser ist ehrlich, transparent, vollständig und plausibel. Grössere Unsicherheiten sind im Zusammenhang mit der Pensionskassen-Finanzierung vorhanden, doch daran können der Stadtrat und der Einwohnerrat nicht viel ändern. Im Sinne einer rollenden Planung sollten die alten und neuen EP's auch verglichen werden, was vom FIKO-Präsidenten bereits erwähnt wurde. Auch wären vermehrte grafische Darstellungen dienlich. Seine Fraktion begrüsst die kantonale Vorgabe, dass künftig die Entwicklungspläne und Budgets gleichzeitig vorgelegt werden. Man ist davon ausgegangen, dass die Motion Fluri erst dann abgeschrieben werden soll, wenn auch die Schulden unter der Grenze von 20 Mio. liegen. Gemäss heutiger Information des Stadtpräsidenten trifft dieser Fall nun früher als erwartet ein und somit wird sich wohl seine Fraktion ebenfalls für eine Abschreibung der Motion aussprechen. Bei den Schulen stehen grosse Änderungen im Zusammenhang mit Harmonos, höheren Schülerzahlen bzw. zusätzlichen Klassen, Schulräumen, Lehrkräften usw. in den nächsten Jahren an. Im Zusammenhang mit den Investitionen habe man sich gefragt, ob denn diese mit den Schulhäusern Frenke und Rotacker auch am richtigen Ort getätigt werden, denn das Wachstum findet ja eher nördlich des Gemeindegebietes statt. Im Zusammenhang mit der Schulraumplanung macht es durchaus Sinn, dass ein kurzfristiger Mehrbedarf provisorisch mit Mieträumen usw. abgedeckt würde. Im Zusammenhang mit dem Stellenplan interessiert es seine Fraktion, wie es mit unbesoldeten Personen im Auftragsverhältnis aussieht. Im Zusammenhang mit der Betreuung von Asylbewerbern sollte man den Wettbewerb zwischen Betreuungsfirmen bzw. Anbietern vermehrt spielen lassen oder auch die Betreuung im Verbund mit anderen Gemeinden prüfen. Die Liegenschaftsverwaltung ist kein Kerngeschäft einer Gemeinde und so sollten Liegenschaften wie beispielsweise das Einfamilienhaus „Rosenstrasse 8“ sowie die Mehrfamilienhäuser „Goldbrunnenstrasse 47 und 49“ tendenziell verkauft werden. Es gibt deutlich mehr Parkplätze und doch ist deren Nutzung momentan ineffizient, berücksichtigt man den Suchverkehr. Ein Parkleitsystem ist dringend nötig. Er persönlich ist auch der Meinung, dass bei einer effizienteren Nutzung einige oberirdische Parkplätze durchaus auch rückgebaut werden könnten. Wichtig ist es, dass

man gleich von Anfang an bei einer Planung ebenfalls an den Langsamverkehr denkt. Im Zusammenhang mit der Wasserversorgung ist man der Meinung, dass trotz Volksabstimmung die mögliche Lösungsvariante Regionenverbund offen gehalten werden sollte. Der FIKO-Antrag betreffend dem Feuerwehrpflicht-Ersatzbeitrag ist in der Fraktion nicht besprochen worden, da man davon ausgegangen ist, dass über diesen heute nicht abgestimmt wird. Liestal liegt 16 % über dem kantonalen Durchschnitt von 57 % bei dem Steuersatz für natürliche Personen, obwohl die Steuerkraft Liestal im Kantonsdurchschnitt liegt. Eine Anpassung des kommunalen Steuersatzes hätte auch keine grossen Auswirkungen auf den Finanzausgleich. Bei einem Steuervergleich aller Kantonshauptorte steht Liestal beispielsweise bei einem Steuereinkommen von CHF 100'000 an erster Stelle schlecht da. Dieser hohe Steuersatz lässt sich auch nicht bezüglich der Attraktivität Liestals rechtfertigen. Seine Fraktion ist deshalb grossmehrheitlich der Meinung, dass der Steuersatz für natürliche Personen im Zusammenhang mit dem Budget 2014 um 1 Prozentpunkt gesenkt werden sollte. Dies unter Vornahme von Korrekturen bei der Ausgabenseite, was bei einer Aufwandssteigerung von 16 % in der Planungsperiode sicher auch möglich sein sollte. Der Standort Liestal soll attraktiv bleiben und deshalb darf der Steuerfuss auch über dem kantonalen Durchschnitt liegen.

Peter Küng (SP) sagt, auch die SP-Fraktion finde den EP 2013-2017 ein sehr gutes Planungsinstrument. Man stellt aber fest, dass der Stadtrat zurückhaltend plant. In Anbetracht der externen Kosten, die die Laufende Rechnung belasten werden, ist das aber auch korrekt so, bis man beispielsweise die korrekten Zahlen betreffend der Pensionskassenfinanzierung erhält. Seine Fraktion wünscht aber trotzdem, dass der Stadtrat im nächsten Entwicklungsplan Ideen und Investitionen wie die familienergänzenden Strukturen, die Investitionen im Aussenraum in der Allee und in der Rathausstrasse aufzeigt. Die strategischen, gesellschaftspolitischen und finanziellen Ziele des Stadtrates können von der Fraktion vollumfänglich unterstützt werden. Sollten die externen Belastungen doch nicht den Erwartungen bzw. der Planung entsprechen, sollte der Stadtrat im nächsten EP aufzeigen, was eine moderate Steuersenkung mit Augenmass bewirken würde. Dem Stadtrat möchte man mitgeben, dass die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden forciert werden sollte, da auf operativer, auf raumplanerischer Ebene und auch auf der Dienstleistungsebene noch viel Potential vorhanden ist, welches sicher besser genutzt werden könnte. Ein grossräumigeres Denken ist erwünscht und dabei denke man beispielsweise an den Vorstoss „Ergolzstadt“. Seine Fraktion unterstützt alle Anträge und somit auch die Abschreibung der Motion Fluri. Dass trotz dem Bevölkerungswachstum beim Stellenplan kein Anstieg zu verzeichnen ist, ist doch recht erfreulich. Auch in der SP-Fraktion ist die Feuerwehrpflichtersatzabgabe nicht thematisiert worden, da man angenommen hatte, dass der Antrag gemäss Büroentscheid an der heutigen Sitzung kein Thema sein wird. Er ist der Meinung, dass die Feuerwehrkosten mit Steuergeldern finanziert werden sollten, da schliesslich alle Nutzniesser der Feuerwehrdienstleistungen sind und nicht nur diejenigen, die Ersatzabgaben bezahlen. Die Armee wird ja ebenfalls nicht mit Ersatzabgaben finanziert.

Hanspeter Meyer (SVP) berichtet, seine Fraktion stimme dem stadträtlichen Entwicklungsplan und auch den drei Kommissionsberichten zu. Das solide und sorgfältig ausgearbeitete Planungsinstrument ist ein Grundlagenpapier, welches laufend angepasst werden muss. Erfreut habe man eingangs der heutigen Sitzung vom positiven Rechnungsabschluss Kenntnis genommen und so wird man auch den Antrag betreffend der Abschreibung der Motion Fluri zustimmen, da das Ziel der Motionäre erreicht ist. Im Grundsatz ist man mit der stadträtlichen Personalpolitik einverstanden, doch sollte der automatische Erfahrungsanstieg im Rahmen vom Personalreglement einmal diskutiert werden. Im Zusammenhang mit der Pensionskassen-Sanierung müssen sich der Kanton und alle Gemeinden zusammenraufen, damit man schlussendlich zu einer Lösung kommt, die für die Gemeinden und Steuerzahler tragbar ist. Auch die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden unbedingt die gebührende Beachtung geschenkt werden sollte. Mit dem Bericht der Spezialkommission Schulraumplanung ist man einverstanden, doch sollte man beispielsweise bei den Quartierplanungen Areal und/oder Räumlichkeiten für Schulzwecke sicher-

stellen. Bei der vom Stadtpräsidenten erwähnten Liste fehlen leider immer noch diejenigen Areale, welche mit OEW-Zonen belegt sind und die Eigentum des Kantons sind. Aus den bereits vorgängig erwähnten Gründen ist auch in seiner Fraktion die Feuerwehersatzabgabe nicht besprochen worden. Auch er kann sich der Aussage seines Vorredners anschliessen, dass die Feuerwehr eigentlich mit Steuergeldern finanziert werden müsste. Im Zusammenhang mit der Aussenraumgestaltung sollte man speziell bei der Allee etwas unternehmen, verkommt diese doch immer mehr zu einem Schandfleck für Liestal. Auch seine Fraktion ist der Meinung, dass man nun betreffend einer Steuersenkung doch einen ersten Schritt machen müsste.

Lorenz Rudin (FDP) dankt namens der FDP-Fraktion für das qualitativ sehr gute Planungsinstrument des Stadtrates. Vieles ist schon von den Vorrednern gesagt worden, was er nicht noch einmal wiederholen möchte. Seine Fraktion vermisst ein stadträtliches Statement betreffend dem Wirtschaftsstandort Liestal und hofft deshalb, dass diesbezüglich im nächsten Entwicklungsplan mehr zu lesen ist und Zielsetzungen konkret formuliert werden. Im Zusammenhang mit der Höhe der Selbstfinanzierung habe man festgestellt, dass die durchschnittlich angepeilte Summe von 4,3 Mio. Franken sehr stark vom letzten Entwicklungsplanjahr abhängig ist, was nicht gerade optimal ist. Im Entwicklungsplan werden auch diverse Grossprojekte ab 2020 im Zusammenhang mit der Schulraumsanierung anstehen. Man würde es deshalb begrüessen, wenn vom Stadtrat auch Strategien zur Kostensenkung derselben entwickelt und aufgezeigt würden. Die positiven Bestrebungen des Stadtrates im Zusammenhang mit der Pensionskassen-Sanierung werden gewürdigt und sollten die erwarteten Beträge nicht gar so hoch ausfallen, so könnte der Differenzbetrag auch zu Gunsten der Investitionen verwendet werden. Auch wird der Ansatz begrüsst, dass die künftigen Neuzuzüger quantifiziert und auch die Konsequenzen im Zusammenhang mit der Schulraumplanung aufgezeigt werden. Im nächsten Entwicklungsplan müssten dann diese Konsequenzen auch auf der Ertragsseiten bei der Wasser- und Abwasserrechnung etc. aufgezeigt werden. Zum Thema Feuerwehersatzabgabe kann er sagen, dass auch seine Fraktion der Meinung ist, dass die Feuerwehr aus dem allgemeinen Budget bzw. der Einwohnerkasse finanziert würde. Angesichts der heutigen neuen Erkenntnisse betreffend dem Abschluss der Rechnung 2012 wird nun auch seine Fraktion der Abschreibung der Motion Fluri zustimmen.

Pascal Porchet (FDP) hält im Zusammenhang mit dem Bauwesen folgende Punkte fest: Nach den Platzsanierungen sollen nun die Schulbauten-Sanierungen im Sinne einer Werterhaltung forciert werden. Betreffend der Kasinobrücke hofft man natürlich, dass die anfallenden Sanierungskosten schlussendlich doch vom Bund übernommen werden. Im Zusammenhang mit der geplanten Törli-Sanierung sollte mitberücksichtigt werden, dass bevorstehende Abbruch- und Bauarbeiten in der Nähe des Törli zu Staubentwicklungen führen dürften, welche sich auch nachteilig für das Törli auswirken dürften. Bei den Kunstbauten zählt man auf das Inventar bei den Tiefbauten, damit es zu keinen späteren bösen Überraschungen kommt. Bei der Allee sind kreative Ideen gefragt, damit mit Unterstützung von Jugendlichen, der Bevölkerung usw. ein Platz zum Verweilen gestaltet werden kann. Bezüglich den Gebührenerhebungen hofft man doch, dass die laufenden Prozesse überprüft und gegebenenfalls angepasst werden, damit es nicht mehr dazu kommen kann, dass während längerer Zeit beispielsweise keine Wasserrechnungen fakturiert werden, wie dies in der Vergangenheit der Fall war. Die Schulraumplanung ist ein wichtiges Gefäss und wird im Zusammenhang mit den verschiedenen Quartierplanungen immer wichtiger. Lösungen für die Kindergärtner sollen in den jeweiligen Quartieren gesucht werden und für die übrigen Schüler wird bezüglich der Schulhauszuteilung bei Engpässen an die Flexibilität der Direktbetroffenen appelliert. Die Musikschulanlage war früher bei der Schulanlage Burg einquartiert, bei welcher die Stadt bereits 2,5 Mio. Franken investiert hatte. Dieses Kapital wurde mit Harnos bzw. der Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton vernichtet und so müssen die im Investitionsprogramm in den Jahren 2014 und 2015 eingestellten neuen Investitionen von 2,5 Mio. als Luxus bezeichnet werden. Pragmatische Lösungsansätze betreffend diesen baulichen Belangen der RML müssen gefunden werden.

Jürg Holinger (GL) meint, auch die Grüne Fraktion finde den Entwicklungsplan ein gutes Planungsinstrument und es ist eine ständige Qualitätssteigerung feststellbar. Auch die Bezeichnung der strategischen, gesellschaftspolitischen und finanzpolitischen Ziele im Kapitel 3 finde man einen sehr guten Vorgang. Den im Entwicklungsplan mehrfach gemachten Aussagen des Stadtrates, dass bei einer eventuellen Kostenreduktion im Zusammenhang mit der Pensionskassensanierung automatisch auch der Spielraum für eine Steuersenkung vorhanden sei, kann seine Fraktion nicht beipflichten. Denn sollte sich ein solcher finanzieller Spielraum überhaupt ergeben, dann müsste man sich grundsätzliche Überlegungen machen und nicht ganz einfach von einer automatischen Steuersenkung ausgehen. Auch mit dem heutigen Wissensstand findet man es immer noch richtig, dass Liestal die Gemeindeinitiative betreffend der Pensionskassen-Ausfinanzierung ebenfalls unterzeichnete. Im Zusammenhang mit den weiteren Quartierplanungen müsste sich auch Liestal betreffend künftigen Mehr- bzw. Infrastrukturabgaben einmal Gedanken machen. Ebenfalls möchte man den Dank an die Angestellten der Stadt gemäss FIKO-Bericht unterstreichen bzw. sich dem Dank der anderen Fraktionen anschliessen. Auch ist es richtig, dass die Motion Fluri nun als erfüllt abgeschrieben wird. Seine Fraktion wird nach Vorliegen der Rechnung 2012 die Betreuungskosten für die Asylbewerber-Betreuung die gebührende Beachtung schenken und den Anträgen zustimmen.

Hanspeter Zumsteg (GL) informiert darüber, dass sich seine Fraktion der positiven BPK-Gesamtwürdigung voll und ganz anschliessen kann. Das Vorhaben der BPK wird begrüsst, dass das Allee-Gebiet nochmals genau unter die Lupe genommen und mögliche machbare Varianten geprüft werden sollen. Die Allee ist eines der wichtigsten Eingangstore zur Altstadt und die Fusswegverbindung vom Bahnhof zum Einkaufszentrum Liestal muss attraktiver werden. In den letzten Jahren sind schon viele Vorarbeiten im Stadtbauamt, in einer Arbeitsgruppe und auch in Kommissionen geleistet worden. So liegt auch schon die gut ausgeschaffene Planzeichnung „Gestaltungskonzept Allee – Lüdin-Park“ vom 15.06.2009 vor. Im vorliegenden Entwicklungsplan vermisst man konkrete Ansätze, wie man trotz knappen finanziellen Mitteln zumindest einzelne Abschnitte davon verwirklicht werden könnte, sei dies beispielsweise auch mit Eigenleistungen der Betriebe usw. Mit einem solchen Vorzeigeobjekt könnte auch das Grünflächen-Management konkret umgesetzt werden, denn schliesslich geht es hier auch um den Aussenraum vom Jugendhaus zur Allee.

Erika Eichenberger (GL) erklärt, die Grüne Fraktion unterstütze die Empfehlungen der Spezialkommission Schulraumplanung gemäss Vorlage Nr. 2013/31c. Das Wachsen der Quartiere soll nicht zu Lasten der Kinder und Lehrpersonen gehen. In Gebieten und Schulhäusern wie im Gestadeck sowie Mühlematt, wo sich bereits heute eine Schulraumknappheit abzeichnet, müsste bereits jetzt das Nötige veranlasst werden. Die Idee betreffend der Miete von Schulräumen in Quartieren scheint auf den ersten Blick frappierend zu sein, doch ist zu berücksichtigen, dass bei Schulhäusern mit Harnos räumlich und betrieblich ein sehr enges Zusammenarbeiten möglich sein muss. So ist es beispielsweise im Gestadeck-Schulhaus nicht möglich, dass alle Lehrkräfte gemeinsam an einem genügend grossen Tisch sitzen können. Auch sollen die Schulwege leistbar sein. Betreffend der Miete von einzelnen Schulräumlichkeiten ist deshalb grosse Vorsicht walten zu lassen. Im Burgunderquartier ist ein starkes Bevölkerungswachstum feststellbar und deshalb stellt sich schon die Frage, ob es sinnvoll ist, dass die Musikschule Schulräume belegt, welche später von Primarschülern genutzt werden sollen. Die Musikschule ist in einem Zweckverband organisiert, welchem verschiedene Gemeinden angeschlossen sind. Ihre Fraktion hofft, dass man bezüglich der Musikschule im nächsten Entwicklungsplan ein paar Anregungen finden wird.

Marianne Quensel (SP) sagt, auch sie möchte noch als Sprecherin der SP-Fraktion betreffend der Schulraumplanung festhalten, dass ihre Fraktion die Empfehlungen der Spezialkommission ebenfalls unterstützt. Wichtig ist ihrer Fraktion, dass nach dem mehrjährigen Schuldenabbau gemäss der Motion Fluri nun in nächster Zeit die Schulraumplanung sowie die Schulhaussanierungen mit dem nötigen Augenmass sorgfältig geplant werden.

g) Einzelredner: Stellungnahmen

Matthias Zimmermann (SP) möchte für den öffentlichen Raum und die Zukunft Liestals eine Lanze brechen. Auf den Schuldenabbau in den letzten 11 Jahren darf man heute sicher stolz sein, bevor man die Motion Fluri anschliessend abschreiben wird. Natürlich sind die Schulhäuser und Schulliegeplätze auch in Liestal wichtig, doch muss man festhalten, dass Schulhäuser überhaupt keine öffentliche Wirkung haben. Das Bauprogramm für die Sanierung der Schulhäuser sollte deshalb etwas erstreckt werden, damit man sich doch auch dem öffentlichen Raum wieder etwas widmen kann. Die positive Entwicklung der letzten Jahre sollte nun nicht einschlafen und so müssten die Projekte Rathausstrasse sowie Allee konkret thematisiert und in Angriff genommen werden. Dies könnte durchaus dem einen oder anderen strategischen Ziel gemäss vorliegendem Entwicklungsplan zugeordnet werden.

Stadtrat Franz Kaufmann teilt die Meinung seines Vorredners nicht, dass Schulhäuser keine öffentliche Wirkung haben sollen. Der eingeschlagene Paradigmenwechsel von den öffentlichen Räumen zu den Schulliegeplätzen sollte nun nicht schon wieder in Frage gestellt werden. Die Musikschule hat sich in den letzten 15 Jahren stark entwickelt und sich deshalb zunehmend in verschiedenen Schulliegeplätzen eingemietet. Im Entwicklungsplan wird festgehalten, dass die Unterbringung derselben im Schulhaus Rotacker als Option geprüft wird. Liestal und die umliegenden Gemeinden bzw. der RML-Zweckverband werden die verschiedenen Lösungsvarianten prüfen und diesbezügliche Entscheide treffen. Bei den anstehenden Investitionen im Schulbereich sind das Alter der Bauten, die Bevölkerungsentwicklung sowie die zeitgemässen Unterrichtsformen gemäss HARMOS die wichtigsten Faktoren bei den Entscheidungsfindungen. Und betreffend dem geforderten Augenmass des Stadtrates im Zusammenhang mit den Schulbauten möchte er festhalten, dass beispielsweise von der Bau- und Planungskommission Begehrlichkeiten im Zusammenhang mit Energierückgewinnung, grösseren Lehrerzimmern, zusätzlichen Arbeitsplätzen usw. im Rat vorgebracht wurden. Grundsätzlich möchte der Stadtrat an den 5 bestehenden Schulstandorten festhalten, was halt die temporäre Unterbringung einzelner Schulklassen in einem benachbarten Schulhaus mit sich bringen könnte. Die Einmietung von Kindergärten ist vom Stadtrat beispielsweise bereits bei einem neuen Quartierplan thematisiert worden, welcher vor kurzer Zeit dem Stadtrat vorgestellt wurde. An dieser Stelle möchte er auch für die wertvollen Rückmeldungen der Spezialkommission Schulraumplanung an den Stadtrat danken.

Stadtrat Peter Rohrbach informiert darüber, dass mit der Rechnung 2011 die ganze Abrechnung betreffend dem Übergang der Schulanlagen an den Kanton vorgelegt wurde. Und betreffend der Schulanlage Burg bzw. Musikschule sei deshalb festgehalten, dass diese Immobilien an den Kanton zum Zeitwert von rund 2 Mio. Franken verkauft wurden.

Stadtpräsident Lukas Ott dankt dem Rat namens des Stadtrates für die Würdigung des Entwicklungsplanes 2013-2017. Zu einigen Aussagen möchte er kurz noch einige Bemerkungen anbringen. Der EP soll ein konsolidiertes Planungsinstrument und nicht ein Visionenpapier oder Leitbild sein. Betreffend der verschiedentlich erwähnten und geforderten Gestaltung der Allee sei erwähnt, dass der Stadtrat zur Zeit daran ist, eine Entwicklung im Bahnhofbereich zu initiieren. Der Perimeter der ganzen Bahnhofentwicklung ist noch nicht genau definiert und steht ebenfalls in einem Zusammenhang mit dem Postulat Nr. 2012/219, welches von den einwohnerrätlichen Fraktionen an den Stadtrat überwiesen wurde. Auch betreffend der Allee wird eine Entwicklung stattfinden, doch sollen nun keine voreiligen Investitionen getätigt werden. Der Rat wird deshalb um noch etwas Geduld gebeten, bevor das weitere Vorgehen betreffend der Allee beschlossen wird. Der Stadtrat ist in der Vergangenheit gut damit gefahren, dass Schwerpunkte betreffend den Investitionen gesetzt und parallel im Konsens auch Schulden abgebaut wurden. Und so bitte der Einwohnerrat, den eingeschlagenen Weg und die Massnahmen betreffend dem Investitionsüberhang im Hochbau-Bereich nicht schon wieder zu verlassen bzw. diese wie geplant weiter zu verfolgen. Der Prozess betreffend einer

vermehrten Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden muss behutsam gestaltet werden, weil es nicht immer gut ankommt, wenn gerade Zentrumsgemeinden solche Prozesse forcieren wollen.

g) Anträge

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Wie bereits bei der Eintretensfrage erwähnt wurde, wird auch über den FIKO-Zusatzantrag betreffend der Feuerwehropflichtersatzabgabe abgestimmt.

Die übrigen Kommissionsanträge sind identisch mit denjenigen des Stadtrates.

://: Mit grossem Mehr gegen 2 Nein-Stimmen genehmigt der Rat den Zusatzantrag der FIKO, dass dem Stadtrat empfohlen wird, auf die geplante Erhöhung der Feuerwehropflichtersatzabgabe zu verzichten.

://: Einstimmig nimmt der Rat vom Entwicklungs- und Finanzplan 2013-2017 der vier Rechnungskreise (Einwohnerkasse, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung) Kenntnis.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom Stellenplan.

://: Die Motion zur Sanierung des Finanzhaushalts der Stadt Liestal (Nr. 2002/118) wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

83 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Fragestunde

1. Frage / Corinne Ruesch (GL) – Spielplatz Brunnmatt

Der Spielplatz Brunnmatt ist seit der Neuerstellung sowohl zur Arisdörferstrasse als auch zum ehemaligen Garten des Altersheims hin nicht mehr vollständig mit Türen resp. einem Zaun abgeschlossen. Kleinkinder können damit ungehindert auf die Strasse und den Parkplatz gelangen. Werden die Türen und der Zaun wieder angebracht resp. neu angebracht? Wenn ja, bis wann?

Stadträtin Regula Nebiker: Die Türen sind bewusst weggenommen worden, damit der Zutritt zum Spielplatz mit Rollstühlen, Kinderwägen, Rollatoren usw. einfacher ist. Die Distanz von den Spielgeräten zum Eingang des Spielplatzes ist relativ gross und es wird auch an die Pflicht der Elternaufsicht bei spielenden Kindern erinnert. Sollte es sich als notwendig erweisen, würden die Eingangstüren wieder montiert.

2. Frage / Walter Leimgruber (SP) – Ampelschaltung am Gestadeckplatz

Bei der Beantwortung der Interpellation von Diego Stoll zur Verkehrssituation in der Begegnungszone wurde in Aussicht gestellt, dass nach der Manoreröffnung die Ampel an der Kreuzung Gestadeck so geschaltet werde, dass der Verkehr ab Nonnenbodenweg – Rosenstrasse bevorteilt wird gegenüber jenem der Einmündung Büchelistrasse auf die Kreuzung. Damit soll die Routenwahl über den Bücheliplatz unattraktiv gemacht werden. Ich bin von einigen Leuten darauf aufmerksam gemacht worden, dass dies noch nicht der Fall ist. Wann werden die Ampeln neu geschaltet?

Stadtrat Peter Rohrbach: Das Stadtbauamt ist diesbezüglich mit den kantonalen Fachstellen in Kontakt. Die Lichtsignalanlagen beim Nonnenbodenweg und Gestadeck sind gemeinsam gesteuert. Bei der Anlage beim Gestadeck werden die Busse priorisiert behandelt. Verschiedene Massnahmen werden geprüft, doch wird zuallererst eine Verkehrszählung durchgeführt. Als erste Massnahme soll die Büchelistrasse optisch verengt werden.

3. Frage / Marianne Quensel (SP) – Alterskommission

Arbeitet die Alterskommission konstituiert und wenn ja welche Ziele hat sie sich für die nähere Zukunft gesetzt?

Stadträtin Marion Schafroth: Ja, die Alterskommission hat sich konstituiert und die personelle Zusammensetzung derselben kann im Internet nachgeschaut werden. Als Kernziel ist die Überarbeitung des Altersleitbildes hinsichtlich Alterswohnungen, Sicherheit und Mobilität sein.

4. Frage / Diego Stoll (SP) – Zwischennutzung in alter Manor?

Der Neubau des alten Manors an der Rathausstrasse verzögert sich, da eine Mutation der Gestaltungsbaulinie notwendig ist. Mit den Abbrucharbeiten kann deshalb frühestens Anfang 2014 begonnen werden. Bis dahin droht das Gebäude an der Rathausstrasse brach zu liegen. Meine Fragen an den Stadtrat: Würde sich an dieser zentralen Lage nicht eine sinnvolle und attraktive Zwischennutzung (z.B. eine Plattform für regionale Kunst- und Kulturschaffende) aufdrängen? Inwiefern könnte der Stadtrat darauf hinwirken?

Stadtrat Peter Rohrbach: Auf der Verwaltung sind keine Anfragen für eine Nutzung des alten Manor-Gebäudes eingegangen. Auch hatte sich der Stadtrat noch nie bezüglich der Nutzung von Privatliegenschaften engagiert. Bei einer gewünschten Zwischennutzung des Manor-Gebäudes müsste deshalb die Bekab AG kontaktiert werden.

5. Frage / Diego Stoll (SP) – Fussgängerstreifen Seltisbergerstrasse - Langhagstrasse

Vor genau einem Jahr habe ich mich in der Fragestunde beim Stadtrat erkundigt, ob er sich der gefährlichen Verkehrssituation rund um den Fussgängerstreifen an der Kreuzung Seltisbergerstrasse - Langhagstrasse bewusst ist. Der Stadtrat bejahte dies und kündete an, entsprechende Schritte in die Wege zu leiten. Trotzdem präsentiert sich die Situation heute noch immer genau gleich unübersichtlich, was besorgte Anwohnerinnen und Anwohner dazu bewogen hat, die IG Verkehrssicherheit Seltisbergerstrasse zu gründen. In diesem Zusammenhang habe ich folgende Fragen an den Stadtrat: Was wurde bislang unternommen, um die Situation zu entschärfen? Was ist der Stand der Gespräche mit dem Kanton betreffend die geplante Verbreiterung der Seltisbergerstrasse? Welche Massnahmen drängen sich in Zukunft auf (z.B. Entfernung des Verteilerkastens, Einrichtung einer provisorischen Lichtsignalanlage als Sofortmassnahme, Verlegung des Fussgängerstreifens in Richtung Brücke)?

Stadtrat Peter Rohrbach: Der Kanton ist Eigentümerin der Seltisbergerstrasse, der Kasten gehört der EBL und steht auf privatem Grund. Die Stadt kann sich als Gesprächspartner und Bittstellerin einbringen, kann aber keine Massnahmen umsetzen. Im Moment finden Gespräche mit der Bau- und Umweltschutzdirektion des Kantons sowie der Kantonspolizei statt. Nach Vorliegen von Lösungsvarianten des Kantons wird der Stadtrat wieder informieren.

6. Frage / Canan Güngör (SP) – Überqueren Hauptstrasse bei WB-Haltestelle Altmarkt

Obwohl eine Brücke vom Quartier Altmarkt zur Haltestelle der Waldenburgerbahn führt, gibt es immer wieder Leute und unter anderem auch Jugendliche, die den Weg über die Hauptstrasse benutzen. Durch die starke Frequenz auf dieser Strasse besteht nach wie vor eine Unfallgefahr. Wie stellt sich die Stadt Liestal zu diesem Problem?

Stadträtin Marion Schafroth: Es sind alle gesetzlichen Auflagen bezüglich Verkehrsführung und Verkehrssicherheit an dieser Stelle erfüllt. Verstösse gegen das Strassenverkehrsgesetz können nicht verhindert werden und liegen in der Eigenverantwortung der betreffenden Personen.

7. Frage / Daniel Spinnler (FDP) – Rebgarten

Wie sieht der aktuelle Planungsstand/Umsetzungsstand aus? Inwiefern und wie lange ist der Stadtrat noch verpflichtet einen Beitrag ans Parkhaus zu leisten?

Stadtrat Peter Rohrbach: Im Dezember 2012 hatte es ein Gespräch mit den Eigentümern gegeben. Die Eigentümer sind trotz reduziertem Strukturbeitrag der Stadt an die Parkplätze immer noch an einer Projektrealisierung interessiert. Die zeitliche Beschränkung des städtischen Strukturbeitrages ist nicht geregelt. In der Rechnung 2012 ist der Eventualbetrag von 1,5 Mio. Franken eingestellt. Betreffend möglichen Projektänderungen sind rechtliche Abklärungen und eine evtl. Mutation der Quartierplanung Rebgarten nötig. Die Einreichung eines Baugesuches dürfte noch in weiter Ferne liegen, doch ist man zuversichtlich, dass die Eigentümer und Investoren das Projekt realisieren werden.

8. Frage / Daniel Spinnler (FDP) - Ziegelhof

Wie lange dauert es noch bis das neue Einkaufszentrum realisiert werden muss und wo befindet sich das Geschäft aktuell.

Stadtrat Peter Rohrbach: Die QP-Unterlagen sind vom Stadtrat an den Regierungsrat zur Genehmigung weitergeleitet worden. Dies mit dem stadträtlichen Antrag, dass die noch vier unerledigten Einsprachen vom Regierungsrat abgewiesen werden. Die Dauer des Genehmigungsverfahrens kann aktuell nicht abgeschätzt werden, da der eine oder andere Rechtsweg noch bestritten werden dürfte.

9. Frage / Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) – Verkehrssituation in der Rathausstrasse

An manchen Samstagen ist die Rathausstrasse stark mit Ständen unterschiedlicher Organisationen besetzt, was die Durchfahrt für die Lastwagen der Coop-Warenzubringer stark erschwert, aber auch für die Standbetreiber aufwändige Hau-Ruck-Aktionen nach sich ziehen. Frage: Sieht das der Stadtrat auch als schwierige Situation und wäre er allenfalls bereit ausnahmsweise an solchen Samstagen mit starker Standbelegung der Strasse, den Lastwagen die Zufahrt über die Amtshausgasse zu ermöglichen oder ein anderes gleichwertiges Verkehrsregime anzubieten?

Stadträtin Marion Schafroth: Gemäss Verordnung über die kurzzeitige Allmendbenützung werden max. 3 Stände pro Tag bewilligt und deren Standorte zugewiesen. Von dieser Regelung sind die Bauernmärkte beim Törli sowie die Grossanlässe ausgenommen. Bei Grossanlässen werden die direktbetroffenen Firmen in der Rathausstrasse informiert und beispielsweise Warenlieferungen über die Amtshausgasse bewilligt. Coop macht von dieser Regelung bereits Gebrauch.

10. Frage / Markus Rudin (SVP) – Parkplatz beim Sportgeschäft Sport Törli

Im letzten Jahr hat der Stadtrat dem Sportgeschäft Sport Törli einen exklusiven Parkplatz vor der Törlieinfahrt bewilligt und markiert. Der Parkplatz ist meines Wissens provisorisch bis zur Eröffnung der Einstellhalle Bücheli im Manor Einkaufcenter bewilligt worden. Nun ist das Parkhaus seit vier Monaten offen! Wann gedenkt der Stadtrat diese unschöne Markierung zu entfernen?

Stadträtin Marion Schafroth: Die Anweisung zur Aufhebung dieses Parkplatzes wurde bereits erteilt und sollte in den nächsten Tagen umgesetzt werden.

11. Frage / Karin Jeitziner (FDP) – Gebühren Parkhäuser Manor und Migros

Hat die Stadt Liestal Kenntnis über die Tarifgebühren des Manor Parkhauses? Zusatzfrage: Wie stehen diese zu den Parkgebühren des Migros-Parkhauses?

Stadtrat Peter Rohrbach: Die Gebühren sind mit 2 Franken für die ersten zwei Stunden identisch. Die weiteren Parkstunden betragen beim Migros 3 Franken und beim Manor 2 Franken. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass es sich um zwei private Parkhäuser mit unterschiedlichen Strategien handelt. Und beim Bücheli-Parkhaus können beispielsweise weder die Manor AG noch der Stadtrat Einfluss auf die Gebührengestaltung nehmen.

12. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) – Sicherheit am Kesselwasserfall

Der Fussweg auf der linken Seite entlang der Ergolz ist offen, aber die Sicherung zum Kesselwasserfall ist ungenügend, weil Abschränkungen fehlen. Frage: Wird die Sicherheit – vor allem im Interesse der Kinder – hier noch verbessert?

Stadtrat Peter Rohrbach: Das kantonale Tiefbauamt hat das Problem erkannt und einer Gartenbaufirma bereits den Auftrag für das Erstellen von Abschränkungen erteilt worden.

13. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) – Parkierungskonzept Altstadt

Leider liegt das versprochene Konzept noch nicht vor. Seit der Eröffnung des Manor-Centers haben sich bereits wieder Unstimmigkeiten ergeben, weil einerseits oberirdisch billig parkiert werden kann, die Parkstunden in den Parkhäusern unverhältnismässig teuer sind. Es wäre unverzeihbar, wenn neu gewonnene Kunden bereits wieder aus Liestal abwandern. Frage: Wann wird das Konzept dem Einwohnerrat vorgelegt?

Stadtrat Peter Rohrbach: Das neue Parkierungskonzept ist zusammen mit KMU Liestal und der Bekab AG erarbeitet worden. Das Konzept bzw. die Einwohnerratsvorlage kann im Rat erst im 2. Semester 2013 eingespielt werden, da vorgängig auch noch Reglemente und Verordnungen anzupassen sind.

14. Frage / Thomas Eugster (FDP) – Familienergänzende Tagesstrukturen im Frühbereich
Der zuständige Bereich arbeitet bekanntlich zur Zeit an einer neuen Vorlage betreffend familienergänzenden Tagesstrukturen im Frühbereich (KiTA's) und im Schulbereich. Frage: Wie sieht der Terminplan für die weiteren Schritte aus (Ausarbeitung einer Vorlage, geplante Behandlung im Einwohnerrat etc.)? Werden die politischen Parteien vor der definitiven Erstellung der Vorlage nochmals für eine Stellungnahme/Mitwirkung einbezogen (Weiterführung des runden Tisches)?

Stadtrat Franz Kaufmann: Die Vorlage betreffend familienergänzenden Tagesstrukturen im Schulbereich sollte noch im 2. Quartal 2013 fertig sein und im Sommer im Einwohnerrat eingespiesen werden können.

Stadträtin Marion Schafroth: Bezüglich den Strukturen im Vorschulbereich sei erwähnt, dass die Vereinbarung mit dem Tagesheim Sunnewirbel bis zum 31. Dezember 2014 verlängert wurde. Gemäss Terminplan sollte bis im 1. Quartal 2013 ein Entwurf vorliegen, welcher am runden Tisch diskutiert werden kann. Das Geschäft sollte im 2. Quartal 2014 in den Einwohnerrat kommen.

15. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) – Suizide beim Bahnhof

Seit einem Jahr haben wir im und um den Bahnhof Liestal regelmässig Suizide. Gedenkt der Stadtrat irgendwelche Massnahmen zu treffen?

Stadträtin Marion Schafroth: Suizide gibt es leider schon länger als einem Jahr und dafür sind halt Bahnhöfe sowie Bahnstrecken in der offenen Linienführung prädestiniert. Massnahmen können weder vom Stadtrat noch der SBB getroffen werden, da es sich ja nicht um Unfälle, sondern um Selbstmorde aus freiem Willen handelt.

16. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) – LED-Lampen, Brücke Richtung Spital
An der Fraumattstrasse und auf der neuen Brücke Richtung Spital gibt es neue LED-Lampen, welche durch das übermässige Licht in der Nacht die AnwohnerInnen und Passanten unangenehm stören bzw. blenden. Gibt es Möglichkeiten, an Orten, wo diese Lampen störend empfunden werden, etwas zu unternehmen?

Stadtrat Peter Rohrbach: Bis heute sind bei der Verwaltung keine Reklamationen eingegangen. Das Stadtbauamt wird die Situation zusammen mit der EBL prüfen und gegebenenfalls die LED-Lampen dimmen, sollte die Beleuchtung tatsächlich zu hell sein.

Bei dieser Gelegenheit möchte er darauf hinweisen, dass in der Kanonengasse zwei LED-Strassenlampen als Versuch montiert sind.

17. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) – Parkplatz beim Einkaufsladen Spar

Beim Einkaufsladen "Spar" im Fraumattquartier besteht ein Parkplatz mit einer Rampe direkt zum Laden, bei welchem z. B. Harassen mit Getränken optimal eingeladen werden können. In letzter Zeit fahren diverse Automobilisten vom Kesselweg herkommend auf der schmalen Strasse direkt vor den "Spar", laden Ware ein und fahren auf der anderen Seite wieder auf die Fraumattstrasse hinaus. Das gefährdet Kinder beim Spielen, stört aber auch die Erwachsenen beim Spazieren. Ist ein Pfosten, der an der entsprechenden Stelle bei der Strasse angebracht wird, eine Lösung?

Stadträtin Marion Schafroth: Die geschilderte Verkehrssituation ist unklar. Man interpretiert, dass sich die Frage auf den Privatweg bezieht, welcher aber privates Eigentum ist. Betreffend der Montage eines Pfostens ist deshalb die Grundstückseigentümerin zu kontaktieren. Bei weiteren Fragen und/oder Unklarheiten ist die Abteilung Sicherheit gerne behilflich.

18. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) – Schöntalweg

Der Boden des Schöntalweges, auf der Höhe der Weiermatthochhäuser bis an die Grenze Liestal/Füllinsdorf, ist zurzeit in einem schlechten Zustand. Das stört die SpaziergängerInnen. Ist es dem Stadtrat möglich, diesen Wegabschnitt in nächster Zeit zu verbessern?

Stadträtin Regula Nebiker: Der Wegabschnitt liegt auf Kantonsboden. Man habe den Eindruck, dass der Strassenzustand nicht so schlecht ist. Vorderhand sind keine Sanierungsmassnahmen vorgesehen.

84 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Quartierplan Gstadig – Berichte der Bau- und Planungskommission (BPK); 2. Lesung / Verabschiedung (Nr. 2012/22)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Diego Stoll (SP) hält als Kommissionspräsident der BPK bezüglich der Vorlage Nr. 2012/22b fest, dass der Nachtrag zum BPK-Bericht nach der ersten Lesung im Rat beschlossen wurde. Die Neuformulierung des BPK-Antrages 3.2.1 ist im Einverständnis des Stadtbauamtes erfolgt und dürfte nun auch verbindlicher sein als die erste Formulierung in der Vorlage Nr. 2012/22a.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und deshalb über die vorliegenden Anträge abgestimmt werden kann.

- ://: Mit grossem Mehr gegen 3 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen stimmt der Rat dem BPK-Antrag 3.1 gemäss Vorlage Nr. 2012/22a zu, weshalb Quartierplan und Quartierplanreglement wie folgt zu ergänzen sind: **Auf der Freifläche entlang der Rosenstrasse ist von den Grundeigentümern Raum für einen markierten Radweg zur Verfügung zu stellen.***
- ://: Mit grossem Mehr gegen 3 Nein-Stimmen stimmt der Rat dem rektifizierten BPK-Antrag 3.2.1 gemäss Vorlage Nr. 2012/22b zu, womit das Quartierplanreglement wie folgt zu ergänzen ist: **Die öffentlich zugänglichen Parkplätze sind technisch so auszustatten, dass sie an ein Parkleitsystem angeschlossen werden könnten.***
- ://: Einstimmig stimmt der Rat dem BPK-Antrag 3.2.2 gemäss Vorlage Nr. 2012/22a zu, weshalb das Quartierplanreglement wie folgt zu ergänzen ist: **Die behindertengerechte Bauweise richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen (Verweis auf § 108 RBG und BehiG im Kommentar). Zusätzlich ist ein angemessener Teil der Wohnungen in den Obergeschossen hindernisfrei und rollstuhlgängig zu gestalten. Die restlichen Wohnungen sind hindernisfrei anpassbar zu erstellen.***
- ://: Einstimmig beschliesst der Rat den Quartierplan Gstadig, bestehend aus dem Situationsplan/Schnittplan 1:500 vom 15.10.2012 und dem Quartierplan-Reglement vom 15.10.2012.*

85 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Quartierplanung Brunnmatt, Mutation Nr. 01: Umnutzung Spielplatz / Parkierung - 2. Lesung / Verabschiedung (Nr. 2013/39)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Die stadträtliche Vorlage ist an der letzten Ratssitzung vom 20.03.2013 direkt und ein erstes Mal beraten worden. An der heutigen Sitzung sollten nun die Entscheide betreffend der Quartierplanungs-Mutation gefällt werden.

Er kann nach erfolgten Umfrage feststellen, dass zum Geschäft vom Einwohnerrat und auch vom Stadtrat keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig die Mutation Nr. 01 der Quartierplanung Brunnmatt, bestehend aus der Mutation zum Quartierplan-Reglement vom 21. Juni 2012 und der Mutation zum Quartierplan vom 11. Januar 2012.

86 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Tempo 30 Zone Heidenlochstrasse - Postulat von Corinne Ruesch der Grünen Fraktion der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Tempo 30 Zone Heidenlochstrasse, Sicherheit für Fussgänger (Nr. 2013/46)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat
Grüne Fraktion
Corinne Ruesch

Postulat
Tempo 30 Zone Heidenlochstrasse - Sicherheit für Fussgänger

Gelbe Sperrflächen markieren in der Tempo 30 Zone Heidenlochstrasse den Fussgängerbereich. Damit diese Sperrflächen von Autos nur als Ausweichstelle und nicht als Fahrbahn genutzt werden, wurden an einigen Stellen Pfosten angebracht. Diese werden an gewissen Stellen immer wieder umgefahren und sind – meist nach mehrmaligem Ersetzen – nicht mehr angebracht worden. Dies führt dazu, dass diese Sperrflächen nun für bequemes Kreuzen zweier Autos zum Teil auf voller Breite und Länge mit als Fahrbahn genutzt werden. Dieses Verhalten ist insbesondere bei hohem Verkehrsaufkommen während den Stosszeiten regelmässig zu beobachten.

Insbesondere Kinder wännen sich in falscher Sicherheit, wenn sie die gelben Sperrflächen begehen. Dass Pfosten umgefahren werden, zeigt, dass die Sicherheit für Kinder auf diesen gelben Streifen nicht gewährleistet ist. Auf der Heidenlochstrasse sind immer viele Kinder unterwegs, nicht zuletzt aufgrund des Spielplatzes Brunnmatt.

Deshalb bitten wir den Stadtrat zu prüfen, ob mit weiteren und anderen Massnahmen die Sicherheit für Fussgänger in der Tempo 30 Zone Heidenlochstrasse verbessert werden kann.

Liestal, 18. März 2013

Corinne Ruesch

* * * * *

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt die Frage, ob der Stadtrat das Postulat übernehmen möchte oder nicht, nachdem er feststellen konnte, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt, dass der Stadtrat gewillt ist, das Postulat zu übernehmen. Dieses soll aber auch gleich wieder abgeschrieben werden, da die Massnahmen noch dieses Jahr umgesetzt werden.

Corinne Ruesch (GL) ist als Postulantin erfreut darüber, dass der Stadtrat ihren Vorstoss übernehmen möchte. Irritiert ist sie, dass das Postulat aber auch gleich wieder abgeschrieben werden soll. Auf das erhöhte Sicherheitsrisiko für den Fussgängerbereich beim Fehlen der Absperrpfosten hat sie bereits im Postulat hingewiesen. Letzte Woche hatten gleich mehrere Pfosten gefehlt. Diese werden nach der Neumontage meist auch gleich wieder umgefahren. Man müsste grundsätzliche Überlegungen anstellen, wie die Fussgänger besser geschützt werden könnten. Sorge bereiten ihr insbesondere diejenigen Kinder, welche diese Strecke für den Besuch des Spielplatzes Brunnmatt frequentieren müssen. Die Gefahr ist für die Fussgänger nicht unbedeutend, auch wenn diese sich innerhalb des markierten Fussgängerbereiches bewegen. Der Stadtrat wird deshalb gebeten, Verbesserungsmassnahmen im Zusammenhang mit ihrem Vorstoss zu prüfen.

Stadtrat Peter Rohrbach meint, das Problem sei bekannt und beim Vollzug will man beispielsweise nicht nur die Pfosten wieder ersetzen, sondern eine bessere Abgrenzung zwischen dem Fussgänger- und Fahrbereich mit dem Platzieren von Felsbrocken bewirken. Man ist bereits in der Umsetzungsphase und deshalb sollte das Postulat im Sinne einer Oeonomie der Kräfte vom Rat überwiesen und gleichzeitig auch wieder abgeschrieben werden.

Ratsmitglied Daniel Spinnler (FDP) ist ebenfalls der Meinung, dass sich die Verwaltung nicht mit der Beantwortung von Postulaten beschäftigen müsste, wenn das Gewünschte bereits umgesetzt ist. Der Vorstoss sollt deshalb zurückgezogen oder dem stadträtlichen Vorschlag für eine Überweisung und gleichzeitige Abschreibung des Postulates zugestimmt werden. Gegebenenfalls könnte von der Postulantin immer noch eine Motion eingereicht werden, sollte die Umsetzung nicht zu ihrer Zufriedenheit erfolgen.

Corinne Ruesch (GL) vertraut den stadträtlichen Zusagen und kann sich somit mit der Überweisung und gleichzeitigen Abschreibung ihres Postulates einverstanden erklären.

Ratspräsident Gerhard Schafroth stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2013/46 wird mit grossem Mehr bei 3 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann nach Umfrage feststellen, dass keine Ratsmitglieder, welche neue Motionen und/oder Postulate eingereicht haben, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes mündlich begründen möchten.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 19.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Gerhard Schafroth

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann